



**Spitzengespräch zwischen dem Deutschen Gewerkschaftsbund, Bezirk Nord und der
Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland am 22. Juni 2016 in Lübeck**

Gemeinsame Stellungnahme

**„Zwischen Willkommenskultur und sozialen Abstiegsängsten: Solidarität und
Integration als gesellschaftliche Herausforderung“**

Menschenwürde und Gemeinwohl, Solidarität und Teilhabe sind die großen Überschriften unserer sozialen Demokratie und müssen es auch bleiben. Die herzliche Aufnahme von Geflüchteten in Deutschland zeigt, dass viele Menschen solidarisch sein wollen und Zuwanderung als Chance sehen. Aber es gibt auch tiefe Verunsicherungen und soziale Abstiegsängste in der Bevölkerung, die zu einer Abkehr vom politischen System und der Idee einer gelingenden Integration geführt haben. Rechtsextremisten und Rechtspopulisten betreiben die Spaltung der Gesellschaft und versuchen, die soziale Frage mit der Ausgrenzung ethnischer Gruppen und der Wiederbelebung völkischer Ideale zu beantworten. Dem stellen sich Gewerkschaften und Kirche gemeinsam entgegen.

Kirche und Gewerkschaften formulieren Antworten auf die wechselnden sozialen Herausforderungen, deren Grundaussage jeweils der unverfügbare Wert des Einzelnen ist. Die Arbeitnehmerorganisationen stellen Solidarität in den Mittelpunkt ihres Handelns. Die Kirche orientieren sich an dem vielfachen biblischen Zeugnis: „Ein Fremdling soll bei euch wohnen wie ein Einheimischer unter euch, und du sollst ihn lieben wie dich selbst“. Jesu Verkündigung zeigt konkret, was dies bedeutet: Hinwendung zu den schwachen, den leidenden, den an den Rand gedrängten Menschen. Der gewerkschaftlichen Forderung nach gerechten Lebens- und Arbeitsbedingungen für alle entspricht die vorrangige Option für die Armen als ein ökumenischer Konsens, der sich für alle einsetzt, deren gesellschaftliche Teilhabe eingeschränkt wird. Kirche und Gewerkschaften wollen eine Gesellschaft, die solidarisch und integrationsfähig ist.

Die globale Flucht und Migration hat quantitativ und qualitativ eine neue Dimension erreicht. Der UNHCR spricht allein von 65 Millionen Menschen, die weltweit auf der Flucht sind. Die Ursachen dieser Entwicklung sind vielfältig und aus der individuellen Perspektive meist multikausal. Die verheerenden Kriege in Syrien und Irak sind in der jüngeren Zeit ein wesentlicher Fluchtgrund für Millionen von Menschen. Zugleich haben die unzureichenden Leitplanken der Globalisierung dazu geführt, dass Wirtschaftswachstum und ökonomische Teilhabe sich immer weiter entkoppeln, so dass Ungleichheit im globalen Maßstab zunimmt: zwischen dem Norden und dem Süden, aber auch innerhalb der sog. Entwicklungsländer wie auch in den Industriestaaten. Die zunehmend spürbaren Folgen des globalen Klimawandels sind ein weiterer Fluchtgrund – ein Trend, der sich aller Voraussicht nach weiter verstärken wird.

Deutschland ist seit Jahrzehnten eine führende Exportnation. Wir verdanken unseren Wohlstand nicht zuletzt dem Welthandel, der offene Grenzen braucht, um Güter an die Märkte zu bringen. Vor diesem Hintergrund hat Deutschland als Nutznießer einer offenen Welt eine besondere Verantwortung, denn Globalisierung ist mehr als der freie Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Kapital. Deutschland kann nicht nur vom offenen Handel profitieren, sondern muss sich der Folgen der Globalisierung annehmen. Deshalb war und ist die Geste der deutschen Willkommenskultur vom Herbst 2015 auch aus dieser Verantwortung heraus richtig, die die Bundesregierung gezeigt hat und die durch eine große Anstrengung der öffentlichen Verwaltungen und das beeindruckende zivilgesellschaftliche Engagement möglich wurde.

Seit den Übergriffen in der Kölner Silvesternacht und der anhaltenden Berichterstattung dazu hat sich die Stimmung in der deutschen Öffentlichkeit gewandelt. Obwohl weiterhin etwa die Hälfte der Bevölkerung eine integrative Flüchtlingspolitik unterstützt, äußert die andere Hälfte Zweifel an ihrem Gelingen. In Teilen der Bevölkerung ist die Stimmung nahezu gekippt, so dass Geflüchteten abweisend bis feindlich begegnet wird. Rechtspopulisten nutzen in Deutschland wie in fast allen Staaten Europas die schwierigen sozialen, kulturellen und ökonomischen Herausforderungen bei der Integration von geflüchteten Menschen, um Ressentiments zu schüren und Flüchtlinge abzuwerten. Das hat eine bisweilen offen rassistische Stimmung geschaffen und den Boden für gewalttätige Angriffe auf schutzsuchende Männer, Frauen und Kinder und ihre Unterkünfte bereitet. Diese Entwicklung verurteilen wir nachdrücklich als unmenschlich und völlig inakzeptabel. Wo Recht gebrochen, Gewalt herbeigeredet und ausgeübt wird, müssen auch Polizei und Justiz entschieden handeln.

Wir nehmen aber die Ängste ernst, die vielfach im Zusammenhang mit den Geflüchteten artikuliert werden. Eine Hauptursache ist die wachsende soziale Ungleichheit, die immer mehr Menschen, bis hinein in die bürgerliche Mitte, an einer guten persönlichen Zukunft zweifeln lässt. Prekäre Beschäftigung und Niedriglöhne entmutigen die Menschen und rauben ihnen Perspektiven, Armut für viele und Reichtum für wenige zerstören den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Auch eine veränderte Arbeitswelt durch digitalen Wandel und globale Krisen erzeugen vielfach ein Gefühl der Verunsicherung. Und selbst da, wo unabhängig von sozialen Problemen unreflektierte Angst vor dem Fremden gezeigt wird, stellen sich Gewerkschaften und Kirche der Diskussion und nehmen die Menschen ernst. Wo der Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit infrage gestellt und der Wettbewerb zum Fetisch wird, wo nur noch der eigene Vorteil als Handlungsmaxime gilt, wird Empathie als Basis menschlichen Zusammenlebens negiert. Diese Entwicklung ist nicht zuletzt eine Folge einer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, die den Staat und die Politik zugunsten des Marktes zurückdrängt und einen überbordenden Individualismus predigt. Vor diesem Hintergrund sind viele Ängste zwar in ihrem dahinter liegenden Anliegen berechtigt, haben aber im Grundsatz keinen Bezug zur Situation von Geflüchteten, sondern sind die Folge einer unzureichenden Politik zur Förderung des sozialen Zusammenhalts der Gesellschaft in den letzten Jahren.

Die politischen Akteure sind daher aufgerufen, rassistischen Reflexen eine Absage zu erteilen und eine Politik der sozialen Gerechtigkeit durchzusetzen und durchzuhalten. Auf die Verunsicherung vieler Menschen muss die Politik mit überzeugenden Antworten reagieren. Die Herausforderungen in Deutschland und weltweit erfordern komplexe Lösungen – den Populisten dürfen keine Stichworte geliefert werden. Von den Medien wünschen wir, dass sie in ihrer Berichterstattung verantwortungsbewusst agieren und es nicht unkommentiert lassen, wenn menschenverachtende und gegen das Grundgesetz gerichtete Auffassungen als normaler Bestandteil der öffentlichen Meinungsbildung gewertet werden.

Gerade dort, wo es wenig Erfahrungen mit Migrantinnen und Migranten gibt, braucht es auch ein wechselseitiges Erlernen im Umgang miteinander. Jetzt geht es darum, die mittlerweile aufgeladene Situation um Geflüchtete real zu bewältigen. Das geht am besten mit einer konsistenten und nachhaltigen Strategie zur Integration. Für ein gemeinsames Leben in unserer Gesellschaft muss das sozioökonomische Konfliktpotential genauso beachtet werden wie die Integration durch wechselseitige Offenheit. Das geplante Integrationsgesetz reicht hier nicht aus und wirkt zum Teil sogar negativ, weil es Geflüchtete pauschal unter Verdacht nimmt, sich Integration zu verweigern. Dabei scheitert Integration bislang meist an fehlenden Angeboten und fehlenden Bildungs- und Arbeitschancen für Migrantinnen und Migranten. Zwar sind die gesamtwirtschaftlichen Effekte der Migration aller Voraussicht nach positiv, aber die soziale Frage ist damit noch nicht geklärt. In jedem Fall muss eine Konkurrenz zwischen Migranten und den sozial Schwachen der Mehrheitsgesellschaft unbedingt verhindert werden – das betrifft insbesondere den Arbeits- und Wohnungsmarkt.

Eine Aushebelung des Mindestlohngesetzes darf es deshalb nicht geben. Der Niedriglohnsektor muss zugunsten tarifvertraglich abgesicherter Beschäftigung schrumpfen. Auch ist fraglich, ob die im Integrationsgesetz festgehaltene Wohnsitzauflage für Flüchtlinge dem Ziel der Arbeitsmarktintegration förderlich ist. Grundsätzlich muss der Staat handlungsfähig bleiben und für alle Gesellschaftsmitglieder gleichermaßen handeln. Er muss die öffentliche Daseinsvorsorge gewährleisten, nötige Investitionen tätigen und die Durchsetzungsmacht erlangen können, um langfristige Herausforderungen zu meistern. Das setzt eine gerechte Besteuerung von allen Einkommen und Vermögen voraus. Dies trägt auch zu einer ausreichenden Finanzierung der Integration bei, vor allen Dingen in den Ländern und Kommunen, die nicht in die Situation kommen dürfen, Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge zu streichen, um die Aufgaben der Integration bewältigen zu können.

Unser Land wird sich verändern. Doch wir können diesen Prozess gemeinsam gestalten. Gerechtigkeit soll allen widerfahren, den Einheimischen wie den Zugewanderten. Kirche und Gewerkschaften erinnern dabei an die geflohenen Menschen im und nach dem Zweiten Weltkrieg, die gerade hier im Norden eine neue Heimat gefunden haben. Die Integrationsleistung war damals ungleich größer als heute. Dies war kein leichter Weg. Viele aktuelle Beunruhigungen von Menschen waren auch damals präsent: Aussehen, Kleidung, Traditionen, Essgewohnheiten, unverständliche Dialekte. Die vermeintlich Fremden haben Alltagsbild und -welt stark verändert. Es war ein gemeinsamer Kraftakt, aber am Ende dieses Integrationsprozesses stand die Bundesrepublik mit Prosperität und einem leistungsfähigen Sozialstaat. Die Basis dafür waren Solidarität, die Integration in den Arbeitsmarkt und ein „Common Sense“, die Situation gemeinsam anzupacken.

Kirche und Gewerkschaften werden dazu auch heute ihren Beitrag leisten. Dazu werden wir unsere bundesweite „Allianz für Weltoffenheit“ im Norden mit Leben erfüllen. Alle Gemeinden und Gliederungen sind daher aufgerufen, in den Landkreisen, Städten und Gemeinden in konstruktive Gespräche entlang konkreter Vorhaben mit den Bündnispartnern einzutreten.

Für eine gute Zukunft braucht unsere Gesellschaft nicht weniger, sie braucht mehr Solidarität und Integration.